

With Great Power Comes Great Responsibility – Stadionverbote und mittelbare Drittwirkung von Grundrechten

 juwiss.de/41-2018/

Gastautor

von MATTHIAS MÜNDER

„Bundesweite Stadionverbote zulässig“ titelten in der vorletzten Woche zahlreiche Online-Portale nach einem Beschluss des BVerfG, der ein großes Medienecho fand. Schaut man sich den Beschluss näher an, ist die Aufmerksamkeit auch aus juristischer Sicht gerechtfertigt, geht es doch um eine Diskussion, die fast so alt ist wie das Grundgesetz selbst: Wie wirken Grundrechte im Privatrecht? Die Entscheidung fügt diesem Themenkomplex einen neuen Aspekt hinzu: Das Gleichheitsrecht des Art. 3 Abs. 1 GG entfaltet gegenüber mächtigen privaten Entscheidungsträgern im Privatrecht „mittelbare Drittwirkung“.



Ausschreitungen nach einem Bundesligaspiel

Der Auslöser für das Verfahren liegt weit zurück. Im Frühjahr 2006 spielt der MSV Duisburg gegen den FC Bayern München in der Fußball-Bundesliga. Nach dem Spiel geraten Fan-Gruppen der beiden Vereine aneinander, wobei mindestens eine Person verletzt und ein Auto beschädigt wird. Der zum damaligen Zeitpunkt 16-jährige Beschwerdeführer befindet sich in der Fan-Gruppe des FC Bayern. Er wird in Gewahrsam genommen und es wird ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs gegen ihn eingeleitet. Ein halbes Jahr später wird dieses wegen Geringfügigkeit der Schuld eingestellt (§ 153 StPO).

In der Zwischenzeit hat der MSV Duisburg dem Beschwerdeführer ein bundesweites Stadionverbot bis zum 30. Juni 2008 ausgesprochen. Obwohl der Beschwerdeführer beim MSV Duisburg beantragt, das Stadionverbot wegen der Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens zu überprüfen, erhält der Verein das Verbot aufrecht. Dagegen zieht der Beschwerdeführer vor Gericht und bekommt schließlich im Oktober 2009 vom Bundesgerichtshof (BGH) bescheinigt, dass das ausgesprochene Hausverbot rechtmäßig war. Dabei stützt sich der BGH auf einen Unterlassungsanspruch gemäß §§ 862 Abs. 1 S. 2, 1004 Abs. 1 S. 2 BGB. Als letzte Möglichkeit sieht der Beschwerdeführer den Weg zu einem anderen Karlsruher Gericht, dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG), und legt dort Verfassungsbeschwerde ein. Achteinhalb Jahre nach dem Urteil des BGH ist nun die Senatsentscheidung des BVerfG da: Das BVerfG weist die Verfassungsbeschwerde als unbegründet zurück. Der BGH habe „der Ausstrahlungswirkung der Grundrechte in das Zivilrecht hinreichend Rechnung“ getragen.

Mittelbare Grundrechtswirkung im Privatrecht

Mit diesem Obersatz legt das BVerfG bereits den Urteilkern frei: die Wirkung der Grundrechte im Privatrecht. Denn der BGH urteilte über einen zivilrechtlichen Rechtsstreit zwischen Privaten, die selbst nicht an die Grundrechte gebunden sind. Seit der Lüth-Entscheidung des BVerfG aus dem Jahr 1958 ist jedoch klar, dass Zivilrecht und Verfassung nicht nur nebeneinander stehen, sondern dass das Grundgesetz die Auslegung des Zivilrechts beeinflusst. Damals sprach das BVerfG metaphorisch von einer „Ausstrahlungswirkung“ der Grundrechte auf das Privatrecht und davon, dass diese eine „objektive Wertordnung“ errichteten. Diese Rechtsprechung festigte sich über die Zeit. Allerdings wurde sie von mancher Seite auch dafür kritisiert, mit unjuristischen Begriffen zu arbeiten, die keine rechtliche Entscheidungen tragen könnten. In den 1980er-Jahren wurde die als „mittelbare Drittwirkung“ bezeichnete Grundrechtswirkung im Privatrecht dann dogmatisch vor allem von Canaris unterfüttert. Er erklärte, dass die Grundrechtswirkung im Rechtsstreit zwischen Privaten auf die Schutzpflichtdimension der Grundrechte zurückzuführen sei. Diese Auffassung ist heute vielfach im verfassungsrechtlichen Schrifttum zu finden.

Beschluss des BVerfG zum Stadionverbot

Wendet man sich dem Stadionverbotsbeschluss des BVerfG zu, findet sich in den allgemeinen Ausführungen des BVerfG zur Grundrechtswirkung im Privatrecht nichts Neues:

„[Die Grundrechte] entfalten jedoch auch auf die privatrechtlichen Rechtsbeziehungen Ausstrahlungswirkung und sind von den Fachgerichten, insbesondere über zivilrechtliche Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe, bei der Auslegung des Fachrechts zur Geltung zu bringen. Die Grundrechte entfalten hierbei ihre Wirkung als verfassungsrechtliche Wertentscheidungen und strahlen als „Richtlinien“ in das Zivilrecht ein“ (Rn. 32)

Die Neuerung befindet sich an anderer Stelle: Das BVerfG erklärt, dass Art. 3 Abs. 1 GG in „spezifischen Konstellationen“ mittelbare Drittwirkung entfalten könne. Es trägt also gleichheitsrechtliche Anforderungen in das Privatrecht hinein, die nicht ausdrücklich auf einfachgesetzlicher Ebene verankert sind. Dabei befinden sich Privatautonomie und Gleichheit grundsätzlich in einem Widerstreit. Die Privatautonomie gibt Privaten grundsätzlich auch das Recht, willkürlich zu handeln und andere Private ungleich zu behandeln, soweit das einfache Recht dem nicht entgegensteht. Überspannt man die „mittelbare Drittwirkung“ des allgemeinen Gleichheitssatzes und die daraus folgenden Rechtfertigungsanforderungen, droht man daher, die Privatautonomie auszuhöhlen.

Das macht das BVerfG jedoch auch nicht, da es Art. 3 Abs. 1 GG nicht in allen Privatrechtsverhältnissen „mittelbare Drittwirkung“ zuschreibt, sondern nur in „spezifischen Konstellationen“:

„Maßgeblich für die mittelbare Drittwirkung des Gleichbehandlungsgebots ist dessen Charakter [der des Stadionverbots] als einseitiger, auf das Hausrecht gestützter Ausschluss von Veranstaltungen, die aufgrund eigener Entscheidung der Veranstalter einem großen Publikum ohne Ansehen der Person geöffnet werden und der für die Betroffenen in erheblichem Umfang über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entscheidet. Indem ein Privater eine solche Veranstaltung ins Werk setzt, erwächst ihm von Verfassungs wegen auch eine besondere rechtliche Verantwortung. Er darf seine hier aus dem Hausrecht – so wie in anderen Fällen möglicherweise aus einem Monopol oder aus struktureller Überlegenheit – resultierende Entscheidungsmacht nicht dazu nutzen, bestimmte Personen ohne sachlichen Grund von einem solchen Ereignis auszuschließen.“ (Rn. 41)

Das BVerfG knüpft die „mittelbare Drittwirkung“ also an die besondere Machtstellung von Fußballvereinen. Dass Vereine der Fußball-Bundesliga über eine besondere Machtstellung verfügen, ist im Ausgangspunkt richtig. Der Fußball ist nicht nur die mit Abstand populärste Sportart in Deutschland, sondern die Vereine der Fußball-Bundesliga verfügen auch über ein „Monopol“ im Bereich des professionellen Fußballs. An diesen Vereinen kommt nicht vorbei, wer in deutschen Stadien professionellen Fußball sehen möchte. Das Bauchgefühl stimmt dem BVerfG daher zu: Willkürlich sollen die mächtigen Vereine nicht handeln dürfen. Einen sachlichen Grund und eine Anhörung der Betroffenen sollte es geben, bevor Vereine Stadionverbote verhängen (näher zu Stadionverboten vor und nach der Entscheidung des BVerfG *Ketels/Rautenberg* morgen auf www.juwiss.de).

Doch wie lässt sich das Bauchgefühl dogmatisch begründen? In dieser Hinsicht lässt der Beschluss des Ersten Senats Klarheit vermissen. Das BVerfG bleibt bei den vagen Begrifflichkeiten der *Lüth*-Entscheidung und spricht Art. 3 Abs. 1 GG eine „Ausstrahlungswirkung“ zu. Jedoch soll Art. 3 Abs. 1 GG nur „selektiv strahlen“. Warum Art. 3 Abs. 1 GG nur gegenüber Privaten mit großer Entscheidungsmacht als „Richtlinie“ in das Privatrecht hineinstrahlt, gegenüber „gewöhnlichen“ Privaten aber „dunkel bleibt“, lässt das BVerfG offen. Ebenso offen bleibt, warum Art. 3 Abs. 1 GG nur für Private mit großer Entscheidungsmacht, nicht aber für „gewöhnliche“ Private „verfassungsrechtliche Wertentscheidungen“ trifft. Andere Kommentatoren haben bereits darauf hingewiesen, dass sich die „mittelbare Drittwirkung“ von Art. 3 Abs. 1 GG dogmatisch nur schwer begründen lasse. Das BVerfG belässt es dann auch bei einer Behauptung, wenn es schreibt, dass Privaten mit großer Entscheidungsmacht „von Verfassungs wegen auch eine besondere rechtliche Verantwortung“ erwachse. Der Schwierigkeit, eine dogmatische Begründung zu finden, geht es damit aus dem Weg. Das „Warum“ einer mittelbaren Drittwirkung von Art. 3 Abs. 1 GG bleibt leider offen.

Sieht man wie ein gewichtiger Teil des Schrifttums und teilweise auch das BVerfG (E 81, 242 und E 103, 89), selbst die „mittelbare Drittwirkung“ als Ausprägung der grundrechtlichen Schutzpflichten an, bekommt man mit der „Ausstrahlungswirkung“ von Art. 3 Abs. 1 GG jedenfalls Probleme. Dann müssten nämlich ein Schutzbereich für Art. 3 Abs. 1 GG und darauf aufbauend Grenzen für das Untermaßverbot definiert werden. Dieses Unterfangen dürfte scheitern.

Es verbleibt der unbefriedigende Befund, dass das BVerfG zwar ein Ergebnis gefunden hat, das das Bauchgefühl zufrieden stellt – aus großer Macht folgt große Verantwortung –, dessen juristische Begründung aber im Vagen bleibt.

Zitiervorschlag: Münder, With Great Power Comes Great Responsibility, JuWissBlog Nr. 41/2018 v. 9.5.2018, <https://www.juwiss.de/41-2018/>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

